

Beschluss Sexualisierte Gewalt in religiösen und weltanschaulichen Institutionen konsequent aufklären und künftig verhindern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Bekämpfung, Aufklärung und Aufarbeitung
- 2 von
- 3 sexualisierter Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen ein.
- 4 Ebenso
- 5 setzen wir uns für konsequente Prävention gegen jede Form von sexualisierter Gewalt
- 6 ein.
- 7 Religiöse und weltanschauliche Institutionen sind häufig in sich geschlossene,
- 8 patriarchal-
- 9 hierarchische Systeme. Strukturelle Defizite vereinfachen Täter*innen die Anbahnung,
- 10 Ausübung und Vertuschung von sexualisierter Gewalt. Diesen Befund erbrachte erneut
- 11 die
- 12 umfangreiche Missbrauchsstudie der Universität Ulm aus dem Jahr 2019. Der damalige
- 13 Unabhängige Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung (UBSKM), Johannes-
- 14 Wilhelm Röhrig, der
- 15 die Studie beauftragt hatte, betonte auch in diesem Zusammenhang wiederholt, dass
- 16 Skandale
- 17 zwar das Leid der Opfer sichtbar machten, dass daraus aber häufig nicht die
- 18 notwendigen
- 19 Konsequenzen gezogen werden. Über die erschreckend vielen Fälle innerhalb der
- 20 beiden großen
- 21 Kirchen hinaus gibt es zahlreiche Anzeichen dafür, dass sexualisierte Gewalt auch in
- 22 anderen
- 23 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein genauso schwerwiegendes,
- 24 strukturelles
- 25 Problem darstellt. Jedoch gibt es hierfür nicht einmal erste Pilot-Studien, sondern vor
- 26 allem anekdotische Evidenz. Auch hier behindern patriarchale und hierarchische
- 27 Strukturen
- 28 die Aufklärung, die bisweilen noch deutlich ausgeprägter sind als in der katholischen
- 29 Kirche
- 30 und den Individuen – vor allem Frauen und Mädchen – noch deutlich weniger
- 31 Spielräume lassen.
- 32 Auch diese Gemeinschaften weisen häufig einen defizitären Umgang mit ihrer
- 33 institutionsinternen Dokumentation auf und zeigen genauso wenig Interesse an der
- 34 Aufarbeitung von Gewalttaten.
- 35 Wir erkennen die Bemühungen derjenigen an, die sich innerhalb ihrer Religions- und
- 36 Weltanschauungsgemeinschaften für Prävention, Bekämpfung, Aufklärung und
- 37 Aufarbeitung von
- 38 sexualisierter Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen einsetzen.

- 24 Wir betrachten allerdings mit Sorge, dass es bisher beiden großen Kirchen nicht
25 gelungen
26 ist, sexualisierte Gewalt durch hauptamtlich Mitarbeitende sowie durch ehrenamtlich
27 Tätige
28 vollständig aufzuarbeiten und Betroffene auf allen Ebenen einzubeziehen. Auch sorgt
29 uns,
30 dass viele andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit dieser
31 Aufarbeitung noch
32 nicht einmal begonnen haben.
- 33 Die Bundesregierung hat den Handlungsbedarf erkannt und im Koalitionsvertrag
34 festgelegt,
35 dass bezüglich struktureller sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen, wenn
36 erforderlich gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Dieses Erfordernis sehen wir
37 als
38 dringend gegeben.
- 39 Sexualisierte Gewalt betrifft jedoch nicht nur Kinder und Jugendliche. Wir weisen
40 darauf
41 hin, dass gesetzgeberische Maßnahmen für alle betroffenen Menschen notwendig sind.
- 42 1. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgende Gesetzesänderung
43 einzusetzen:
- 44 §174c Strafgesetzbuch – Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung eines Beratungs-,
45 Behandlungs-
46 oder Betreuungsverhältnisses – wird um einen weiteren Absatz ergänzt:
- 47 „Ebenso wird bestraft, wer sexuelle Handlungen an einer Person, die ihm zur Beratung
48 oder
49 Begleitung im institutionell religiösen oder weltanschaulichen Kontext anvertraut ist,
50 unter
51 Missbrauch des Beratungs- oder Begleitungsverhältnisses vornimmt oder an sich
52 vornehmen
53 lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen an oder von
54 einer
55 dritten Person bestimmt.“
- 56 2. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Verlängerung der Verjährungsfristen
57 bei
58 sexuellem Missbrauch zu überprüfen.
- 59 3. Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, für die Seelsorge im institutionalisierten
60 Kontext analog zu den bestehenden Regelungen für den therapeutischen Bereich
61 gesetzlich
62 fixierte Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten zu schaffen. Die geltenden
63 Regeln zur
64 Verschwiegenheitspflicht sind hierbei zu beachten.
- 65 4. Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Amt der
66 Unabhängigen Beauftragten eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung
67 erhält.
68 Aufarbeitung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit diese angemessen und
69 betroffenenzentriert möglich wird, ist es unabdingbar, dass die aktuellen Strukturen
70 der

- 53 Unabhängigen Beauftragten qualitativ abgesichert werden. Insbesondere die bei ihrem
54 Amt
54 verankerte Unabhängige Aufarbeitungskommission sowie der Betroffenenrat sind so
zu stärken.
55 Die Arbeitsgruppe "Aufarbeitung Kirchen" soll verstetigt und besser ausgestattet
werden. Ihr
56 Auftrag soll sich künftig auf alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften
erstrecken.
57 Sie sollen zur Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe verpflichtet sein. Dies ist nur ein
58 wichtiger Teilbereich der Problematik.
- 59 Wir wollen auch Aufarbeitungsprozesse in anderen institutionellen Kontexten wie
Sport,
60 Kultur, Schule, Jugendhilfe, Jugendverbänden, sowie allen Bereichen der Kinder- und
61 Jugendarbeit, aber auch Aufarbeitung im Kontext der Familie für Betroffene möglich
machen.
62 Voraussetzungen für diese Arbeit sind Standards, Strukturen und transparente,
verbindliche
63 Kriterien, sodass strukturelle Defizite identifiziert und konkrete
Handlungsempfehlungen
64 erarbeitet werden.
- 65 Betroffenen soll im Rahmen von Aufarbeitungsprozessen eine angemessene Beratung
und
66 Begleitung zur Verfügung stehen ebenso wie unabhängige Beschwerdestrukturen. In
einer
67 gesetzlichen Grundlage sollen verbindliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.
Über eine
68 Berichtspflicht im Bundestag soll ein kontinuierliches Monitoring abgesichert und im
69 Ergebnis einer parlamentarischen Debatte zugeführt werden.
- 70 Analog zur Jugendhilfe soll der Zuständigkeitsbereich der Unabhängigen Beauftragten
auf
71 junge Erwachsene bis 27 Jahre erweitert werden. Bei der hieraus folgenden Anpassung
der
72 Bezeichnung des Amtes regen wir an, den Begriff des "Missbrauchs" durch den im
73 Koalitionsvertrag verwendeten Begriff der "sexualisierten Gewalt" zu ersetzen.
- 74 5.) Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, Anknüpfungspunkte an bestehende
Strukturen zu
75 prüfen, damit Betroffene Unterstützung erfahren und verbindliche Zuständigkeiten
entstehen.
76 Künftig muss der gesellschaftlichen Realität Rechnung getragen werden, dass
Menschen jedes
77 Alters von sexualisierter Gewalt betroffen sein können. Wir wollen, dass alle
Institutionen
78 hier ihre Verantwortung wahrnehmen.